

**Kalker Hauptstraße 247- 273
51103 Köln
Linke-BV8@stadt-koeln.de**

DIE LINKE. Fraktion in der BV Kalk Kalker Hauptstraße 247- 273; 51103 Köln

Herrn
Bezirksbürgermeister
Marco Pagano

Frau
Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Bezirksbürgermeister: 25.04.2019

AN/0533/2019

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Bezirksvertretung 8 (Kalk)	09.05.2019, TOP 9.2.1

Europawahlkampfauftakt der AfD am 07.04.2019 in Köln-Kalk Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 25.04.2019

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

für den 7. April 2019 hatte die AfD zu ihrem Europawahlkampfauftakt in unser Kalker Bürgerhaus in die Kalk-Mülheimer Straße eingeladen.

Auf einer Pressekonferenz am 15. Januar 2019 hatte das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) die Einstufung der AfD als „Prüffall“ veröffentlicht. „Unser nordrhein-westfälischer Verfassungsschutz bearbeitet den NRW-Landesverband der AfD in Zukunft ebenfalls als "Prüffall",“ erklärte, der auch für die NRW-Polizei zuständige Innenminister Herbert Reul (CDU) am gleichen Tag.

Eine Partei kann zum Prüffall werden, wenn die Behörden erste Anzeichen für extremistische Bestrebungen erkennen. Das Verwaltungsgericht Köln untersagte zwar dem BfV, die AfD weiterhin öffentlich als Prüffall zu bezeichnen, aber das ändert nichts an der Tatsache, dass sie ein Prüffall bleibt.

Im September 2018 stellte der Politikwissenschaftler Maik Fielitz eine deutliche Radikalisierung der Partei fest; aus wissenschaftlicher Sicht gehöre sie inzwischen „eindeutig zum Spektrum der rechtsradikalen Parteien in Europa“. Bereits durch ihren Alleinvertretungsanspruch offenbare die Partei ihren „antidemokratischen Kern“, zu beobachten seien weiterhin die Propagierung eines völkischen Weltbilds, die Ausgrenzung einer Vielzahl von Menschen sowie die Reduktion komplexer gesellschaftlicher Vorgänge auf „manichäische Erklärungsmuster“

Anfang 2019 beurteilte Armin Pfahl-Traugher die AfD als eine rechtsextremistische Partei.

Für Gideon Botsch (2019) ist die AfD „mehr als früher, rechtsextrem dominiert“. Die Distanzierung vom Extremismus sei „Rhetorik“.

Von der Parteiführung sei „keine klare Absage an Fremdenfeindlichkeit oder Hetze gegen den Islam, sondern nur eine vermeintlich unangreifbare Wortwahl“ gewollt, schrieb SZ-Journalist Jens Schneider

Die AfD versucht mit mehreren Veranstaltungen in Köln ihre rechte Hetze in Bürgerzentren und die VHS reinzutragen. Verantwortliche der Stadt schauen dabei hilflos zu und die Polizei geht mit teils brachialer Gewalt gegen Protestierende und Anwohner*innen vor. Am Sonntag, den 7. April 2019 folgten 2.000 Menschen dem Aufruf von „Köln gegen Rechts“ und demonstrierten gegen die oben genannte Veranstaltung.

Bedauerlich war allerdings, dass die Polizei -aber auch die Stadt Köln, die im Bürgerhaus Kalk mit städtischen Beamten die Regie übernommen hatte- die in Kooperationsgesprächen getroffenen Absprachen gebrochen haben. Entgegen der Zusagen gab es keinen freien Zugang ab 17 Uhr zu der Veranstaltung, weil die AfD plötzlich wollte, dass der Zugang erst ab 18 Uhr geöffnet wurde. Die Polizei machte sich so zum Erfüllungsgehilfen der AfD und verschaffte dann ca. 40 AfD-Anhängerinnen mit Gewalt Zugang zum Veranstaltungssaal, während den Gegendemonstrant*innen lange Zeit der Zugang verwehrt wurde. Dabei kam es mehrfach zu Schlagstock- und Pfefferspray-Einsätzen. Erst mit großer Verzögerung konnten schließlich kleine Gruppen nach und nach in den Saal gelangen.

Unter einem FB-Posting der AfD Landtagsfraktion zur Veranstaltung im Bürgerhaus Kalk tobte der braune Mob unbehelligt seine Gewaltphantasien aus. Sprüche wie „Tränengas wird auf die Dauer nicht reichen“ und „Knüppel aus dem Sack und rauf auf die hohle Nuss“ beziehen sich dabei eindeutig auf die unverhältnismäßige und provozierende Gewaltanwendung der NRW-Polizei. Daraus lässt sich zweifelsfrei schließen, dass das Verhalten der Polizei zumindest die Kommentierenden in ihren Gewaltfantasien bestätigen.

Auch auf der FB-Seite des tief in einen Spendenskandal verwickelten AfD-Europawahlkandidaten Reil werden Kommentare zugelassen wie „Heckler und koch fg“, „Sofort Arbeitslager für das Rote und Grüne Gesindel“ und sogar „Einmal mit dem Auto durch?“, obwohl es wohl genau zu einem solchen Zwischenfall kam.

Aus dem obigen Sachverhalt ergeben sich für uns die folgenden drängenden Fragen, um deren umgehende Beantwortung wir bitten:

1. Warum durften AfD-Sympathisant*innen am 7. April 2019 bevorzugt an einer öffentlichen Veranstaltung in Köln-Kalk teilzunehmen, wurden an den polizeilich vorgegebenen offiziellen Einlasspunkten von der Polizei vorbeigeschleust und mussten sich nicht wie alle anderen hinten anstellen und Stunden auf Einlass warten?
2. Warum bekamen AfD-Sympathisant*innen sogar tatkräftige Unterstützung durch die Polizei, als sie körperliche Gewalt anwendeten, um sich vorzudrängeln und wurden dafür nicht in Gewahrsam genommen, wie andere Anwesende?
3. Warum durften AfD-Sympathisant*innen bei der öffentlichen Veranstaltung frenetisch applaudieren als ein Redner die Bühne betrat und andere wurden dafür polizeilich des Raumes verwiesen?

4. Warum beantwortet die Polizei Veranstaltungsteilnehmer*innen während einer Maßnahme keine Fragen, z.B. ob und welchem Vergehen man beschuldigt wird?
5. Inwieweit sind Kooperationsgespräche im Vorfeld von Demonstrationen für den Demonstrationsanmelder in Zukunft überhaupt noch sinnvoll, wenn getroffene Absprachen offensichtlich von Polizei und Ordnungsbehörden nicht eingehalten werden?

Mit freundlichen Grüßen



HP Fischer
Fraktionsvorsitzender

gez. Dr. Tanja Groß
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende